

Dresdner Volkszeitung

Versandort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Geb. Alshild, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
für ein Jahr 10 M., für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wittenbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wittenbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftsjahr von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausständige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 266

Dresden, Montag den 15. November 1926

37. Jahrg.

Ein Siegestag des Proletariats

Vom 31. Oktober zum 14. November

Rote Mehrheiten in den Großstädten — Große Stimmenverluste der USPD. — Bürgerliche Niederlage in Dresden

Auf den gestrigen Tag kann die Sozialdemokratie mit großer Befriedigung zurückblicken. Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen lassen sich nicht so einfach übersehen wie die Resultate von Landtags- oder Reichstagswahlen, weil Ziffern über die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen nicht zur Verfügung stehen, aber als das bedeutsame Resultat des gestrigen Tages ist festzustellen, daß der sozialdemokratische Einfluß in den sächsischen Gemeinden nicht nur gefestigt, sondern bedeutend vermehrt wurde. Ueber den drei größten Städten Sachsens weht die rote Fahne. In Leipzig und Dresden haben die proletarischen Parteien eine Mehrheit erobert, Chemnitz hat die proletarische Mehrheit gehalten. In Dresden ist der ebenso wie im Landtag die Alte Sozialdemokratische Partei das Jünglein an der Waage, aber die Kommunisten dürften diesem Grüppchen nicht so leicht die Gelegenheit zu Seitenzügen geben.

Eine sozialdemokratische Mehrheit ist erobert in Chemnitz, ferner in Chemnitz ein Resultat, das um so wichtiger ist, als dort die Arbeiterbewegung ein besonders weites Stammfeld hat. In Pirna haben wir eine entschiedene Linksmehrheit. Gemeinsam mit zwei Vertretern der Kriegsschädigten besitzen jetzt dort die proletarischen Parteien die Mehrheit. In der Praxis werden sich die beiden von den Kriegsschädigten aufgestellten Abgeordneten auf die Seite der proletarischen Parteien schlagen müssen, wenn sie die Interessen der Kriegsschädigten vertreten wollen. Auch in vielen kleineren Gemeinden, in denen bisher eine proletarische Mehrheit nicht vorhanden war, ist es gelungen, jetzt eine solche Mehrheit zu erobern. Allerdings haben dabei auch vielfach die Kommunisten Erfolge errungen, was angesichts der Tatsache nicht wunderlich ist, daß die sächsische Bevölkerung ganz besonders unter der Geißel der Arbeitslosigkeit leidet.

In einer Katastrophe ist der Wahlausfall für die Sozialdemokratische Partei Sachsens geworden. Es ist nicht so gering die Zahl der zuverlässigen Anhänger dieses Grüppchens ist, das seine Erfolge bei der Landtagswahl zum großen Teil der ersten Stelle auf dem Stimmzettel zu verdanken hatte. In Dresden hat die USPD. circa 60 Prozent ihrer Stimmen verloren. Noch katastrophaler der Rückgang der USPD.-Stimmen in Chemnitz. Dort hat die USPD. seit der Landtagswahl circa 60 Prozent ihrer Stimmen. Den USPD.-Leuten wird sehr rasch die rote Strafe für ihre Zerplitterungsarbeit zuteil. Sie werden nicht einmal das kleine Häufchen von Wählern zusammenhalten, die bei den Landtagswahlen zu ihnen zählten.

Die vorigen Gemeindevahlen fanden im Januar 1924 unter der glänzenden Militärdiktatur des Generals Müller statt. Zu einer für die Sozialdemokratie denkbar ungünstigen Situation. Durch die Inflation waren unsere Parteiorganisationen stark geschwächt worden. Die Massen unserer Partei waren leer, die Bevölkerung aufs höchste erbittert. Nicht die Kommunisten, sondern auch die völkischen Parteien hatten damals Hochkonjunktur. Kein Wunder, daß damals die Wahlen der Sozialdemokratischen Partei mit großen Verlusten brachen und manche sozialdemokratische Gemeindegemeinschaft 1924 verlor. Die bürgerlichen Parteien haben die erlangte Herrschaft in den Gemeinden nach zu einer reaktionären Wirtschaft benutzt, so daß die Interessen der Volksmassen häufig aufs schwerste verletzt wurden. Jetzt haben die bürgerlichen Parteien die Unterstützung für den Mißbrauch ihrer Macht verloren. Die Scharten, die uns die Wahlen von 1924 verloren, sind zum großen Teil wieder ausgeweht.

Die Sozialdemokratische Partei wird dort, wo sie die Mehrheit hat, ihr äußerstes tun, um den Notleidenden zu helfen, das Elend der Wohnungslosen und der Arbeitslosen zu lindern. So können wir hoffen, daß es uns nicht an Geldern wird, die Macht, dort wo wir sie haben, zu erlangen, sondern wir können damit rechnen, daß die Arbeiter Genossen in den Gemeinden uns den Weg zu neuen Siegen bahnen wird.

Allerdings ist wohl in fast allen Gemeinden eine proletarische Mehrheit nur vorhanden, wenn die Kommunisten unteren Genossen die notwendige Unterstützung leisten werden lassen. Leider leisteten vielfach die Kommu-

nisten in den Gemeinden der Reaktion Helferdienste und fielen unseren Parteigenossen in den Rücken. Im Interesse der Arbeiterklasse kann man nur wünschen, daß die Kommunisten in Zukunft auf dieses trübe Spiel verzichten. Ihre Pflicht ist es, gemeinsam mit uns, praktische Arbeit für die Massen zu leisten. Sollten sie auch in Zukunft versuchen, wie das bisher so oft geschah, die Arbeit der Sozialdemokratie zu sabotieren, so werden sie über kurz oder lang, von den enttäuschten Wählern die notwendige Quittung erhalten.

Das gute Ergebnis der Gemeindevahlen wird unsere Genossen im ganzen Lande zu neuer, unermüdlicher Arbeit für die Partei anspornen. Zeigt sich doch, daß es in Sachsen mit der Sache des Sozialismus vorwärts geht. Es muß uns gelingen, in dem roten Sachsen eine Festung des Proletariats aufzurichten, die durch keinen Antikommunisten der Reaktion erschüttert werden kann.

Die Wendung in Dresden

Beständlicher Stimmengewinn der sozialistisch-kommunistischen Linken, Rückgang der bürgerlichen Gesamtstimmen: der fast gleichgebliebener Wahlbeteiligung und ein Stimmenverlust der USPD., der einer Vergeltung für ihre täuschenden Versprechungen bei der Landtagswahl gleichkommt — das ist das Ergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Dresden, eine Wendung, die sich innerhalb der 14 Tage zwischen den beiden Wahlen vollzogen hat und über die wir uns ungetrübt freuen können. Mühen die bürgerlichen Parteien schon nach der Landtagswahl die berechneten Siegeszertrompeten stehen lassen und voller Trauer feststellen, daß die Zeiten dieser Koalition vorbei und ihre schönen Telle ins Schwimmen geraten sind, so müssen sie nun den Trauerflor noch verdreifachen und, was in den Morgenblättern schon geschehen ist, Elegien statt Siegesgesängen anstimmen. Die bürgerliche Mehrheit im Dresdner Rathaus ist gebrochen: sie muß sogar einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit weichen, wenn sowohl die Kommunisten als auch die Dreimänner-Fraktion der USPD., die nun zwischen den gleichstarken Lagern links und rechts sitzen wird, sich der ihnen auferlegten Verantwortung bewußt und gewachsen zeigen! Zu diesem „Wenn“ fehlen alle ins einzelne gehenden Betrachtungen des gestrigen Ergebnisses zurück.

Die Wahlbeteiligung ist noch unter den schon sehr niedrigen Prozentsatz bei der Landtagswahl gesunken; sie betrug in Dresden am 31. Oktober 68 Prozent, gestern nur 67,26 Prozent. Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen ist von 307 571 auf 307 265 zurückgegangen. Als stärkste Partei steht also auch diesmal wieder die Partei der Nichtwähler abseits vom Kampfe; sie zählt über 150 000 Wähler und Wählerinnen, die nicht zur Urne gegangen sind. Es wird nötig und interessant sein, festzustellen, inwieweit sich diese Partei der Faulen aus den Schichten des werktätigen Volkes rekrutiert.

Ist also immerhin der Unterschied in der Stärke der Wählerheere an beiden Wahltagen nicht groß, so sind die

Veränderungen in der Parteigruppierung recht beträchtlich. Und zwar hat sich das Gewicht nach links verschoben. Während bei der Landtagswahl 148 871 bürgerlichen Stimmen 138 491 sozialistisch-kommunistische Stimmen (ausschließlich der Stimmen der USPD.) gegenüberstanden, so marschieren diesmal 146 894 Stimmen der beiden Linksparteien (also wiederum ohne USPD.) gegen 147 390 bürgerliche Stimmen auf. Die beiden Linksparteien haben zusammen 8403 Stimmen gewonnen, das bürgerliche Lager hat 1481 Stimmen verloren. Praktisch ergibt sich daraus ein Gleichgewicht beider großen Lager: 36 gegen 36 Mandate.

Auch innerhalb des bürgerlichen Lagers fallen gegenüber der Landtagswahl grobe Verschiebungen auf, wie aus der untenstehenden Tabelle zu ersehen ist. Alle bürgerlichen Parteien gehen mit zum Teil beträchtlichen Stimmenverlusten aus dieser Wahl hervor; sie haben Wähler an die Hand befähigt abgegeben müssen, die bei der Landtagswahl gar keine Rolle spielten, jetzt aber im Kollegium mit 11 508 Stimmen und drei Mandaten vertreten sein werden. Auch die Aufwertungsliste, die Partei derer, die nicht alle werden, mit der sogenannte freie bürgerliche Wählerliste haben auf Kosten der großen bürgerlichen Parteien Stimmen erobert. Aber alles in allem: die Gruppierung ist ein wenig anders, der Rückmarsch ist derselbe, doch seine Uebermacht ist gebrochen! Das ist das Entscheidende.

Im linken Lager verteilt sich der gegenüber der Landtagswahl erzielte Stimmengewinn mit 1029 Stimmen auf die Sozialdemokratische Partei und mit 6674 Stimmen auf die Kommunisten; dazu kommen noch die 677 Stimmen der sogenannten Revolutionären Linken. Die Kommunisten haben also beträchtlich gewonnen. Sie werden diese 6674 Wähler, die sie binnen 14 Tagen gewonnen haben, als Kronzeugen für die Richtigkeit ihrer kommunistischen Kommunalpolitik zitieren, aber da sie dabei gern vergessen, darauf hinzuweisen, wollen wir es tun: die Kommunisten verdanken diesen Gewinn bestimmt zum größten Teil, wahrheitlich und ausschließlich dem Umstand, daß diesmal ihre Liste an vierter Stelle stand, also an der Stelle des Stimmzettels, die bei der Landtagswahl die sozialdemokratische Liste einnahm! Viele, die am 31. Oktober die Liste 4 gewählt haben, stimmten auch diesmal für die Liste 1, ohne daß ihnen in der kurzen Spanne zwischen den beiden Wahlen die Umgruppierung der Listen zum Bewußtsein kam. Das ist den Kommunisten zuzurechnen. Die Kommunisten werden das gern übersehen, um so notwendiger ist die Feststellung. Profitierende des Zufalls, die die Kommunisten immer sind, sind sie auch diesmal. Sie aber werden aus dem Gewinn die Folgerungen ziehen, die ihnen bequem sind. Und da muß ihnen mit aller Bestimmtheit gesagt werden: die Fraktionsstärke, mit der sie ins neue Stadtverordnetenparlament einziehen, läßt ihnen eine große Verantwortung auf. Sie dürfen die pure Agitationspolitik, in der sie sich so oft gefallen haben und die in so vielen traurigen Fällen eine Politik gegen die Sozialdemokratie war, nicht fortsetzen! Auch die Stärke verpflichtet, sie verpflichtet in diesem Falle die Kommunisten, sich Mann für Mann in eine Front mit der Sozial-

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Lübeck

Die bürgerliche Mehrheit beseitigt

H. Lübeck, 15. November. (Eig. Funkdruck.) Am Sonntag fanden in Lübeck die Wahlen zur Bürgererschaft statt. Die Wahlbeteiligung betrug 80 bis 85 Prozent. Das Ergebnis ist: Sozialdemokraten 35 (bisher 28), 7 gewannen; Kommunisten 5 (bisher 10), 5 verloren; Demokraten 2 (bisher 6), 4 verloren; Zentrum 1 (bisher 1); Aufwertungsliste 1 (bisher keine); Sozialistischer Volksbund (Rechtsblock) 36. In Stimmen erhielten Sozialdemokraten 31 831, Kommunisten 4726, Demokraten 1719, Zentrum 681, Aufwertungsliste 977, Sozialistischer Volksbund (Rechtsblock) 32 940.

Dieses Wahlergebnis ist ein glänzender Erfolg der Sozialdemokraten. Der Rechtsblock wurde von dem früheren Bürgermeister Dr. Neumann geführt und wollte eine Mehrheit erzielen, um die neugewählten republikanischen Senatoren abzuwählen. Statt dessen hat die Linke jetzt in der Bürgererschaft die Mehrheit, während sie bis jetzt in der Rinderheide war.

H. Lübeck, 15. November. (Eig. Funkdruck.) Der Sieg der Sozialdemokratie bei den Bürgererschaftswahlen in Lübeck hat eine Bedeutung, die weit über den Rahmen des kleinsteu deutlichen Freistaates hinausreicht. Er stellt die Antikommunisten des Volkes auf die reaktionären Umtriebe der Glax und Sauerberg dar. Das Wahlergebnis zeigt, daß alle Verleumdungen, mit denen der reaktionäre Antikommunistische Volksbund, dieser Bürgerblock von Sauerberg bis Volkspartei, gekämpft hat, wirkungslos an der Lübecker

Arbeiterklasse abgeprallt sind. Dabei wurde mit den Mitteln des Eugenberg-Konzerns eine ungeheure Propaganda über Lübeck ausgeschüttet, der die sozialdemokratische Propaganda materiell nicht gewachsen war. Dennoch konnte die Sozialdemokratie nicht nur die fünf Mandate, die die Kommunisten verloren haben, sondern darüber hinaus noch zwei aus dem bürgerlichen Lager erobern. Damit sind die nationalen Pläne des abgewählten Bürgermeisters Dr. Neumann völlig gescheitert. Die bürgerliche Mehrheit ist erledigt.

Sozialdemokratische Mehrheit in Kiel

W. Kiel, 15. November. (Eig. Funkdruck.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl eines besoldeten Stellvertretenden (Stadtrat) ergaben die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. (Bürgermeister und Stadtrat werden in der Provinz Schleswig durch Volksabstimmung gewählt.) Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 36 627 Stimmen, der bürgerliche Einzelkandidat 31 460 Stimmen. Gegenüber der letzten Bürgermeisterwahl gewann die Sozialdemokratie 6000 Stimmen.

Der Vorkandidat der Sozialdemokratischen Partei zeigt sich auch in 1148 neuen Mitgliedern, die sie während der Wahlperiode gewonnen hat.

Der gewählte sozialistische Kandidat ist Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, bisher Richter, ein Sohn des bekannten Kieler Genossen.